

Flächen für Truppenübungsplätze zu einer vollkommenen Zerstümmung der Ernährungslage in dieser schon völlig unzureichenden Ernährungssituation führt. ... Aber das zeigt nur, dass sich hier dauernd 2 Thesen überschneiden. Die 1. These lautet: Alles, was der Krieg verlangt, muss in diesem Lande an sich von uns selber aufgebracht werden. Die 2. These geht offenbar davon aus, dass dieses Land immer noch Beuteobjekt ist und restlos ausgepresst werden muss. ...

Wir stehen daher im Generalgouvernement ununterbrochen in einer Kampfes- und Frontstellung. ...

SITZUNG
DER
REGIERUNG
DES GENERALGOUVERNEMENTS

Krakau, am 16. Dezember 1941²⁾

Der Herr Generalgouverneur:

... Gegen das Verlassen des Ghettos durch Juden müsse und werde mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die aus diesem Grunde gegen Juden verhängte Todesstrafe müsse fürderhin schnellstens vollstreckt werden. Seine Verordnung, nach welcher jeder Jude, der außerhalb des Ghettos angetroffen werde, hinzurichten sei, müsse unbedingt durchgeführt werden. Notfalls müsse eben eine Vereinfachung des Verfahrens vor dem Sondergericht eintreten.

Präsident Wallbaum weist noch daraufhin, dass die Arbeitertransporte nach dem Reich bis jetzt immer noch vor sich gegangen seien, weil nach Ansicht der Dienststelle des Vierjahresplans der Einsatz polnischer Arbeiter nach wie vor dringend notwendig sei. Man habe es in Kauf nehmen müssen, daß sich vereinzelt Fleckfieber-Erkrankte in den Transporten befänden. ...

Im Anschluß an die Ausführungen des Präsidenten Walbaum gibt Gouverneur Kundt einen Überblick über den Fleckfieberstand und die ergriffenen Bekämpfungsmaßnahmen im Distrikt Radom. ...

²⁾ Handschriftliches Ti, sonst alles dr

Zu einer energischen Bekämpfung des Fleckfiebers gehöre ein rücksichtsloses Vorgehen gegen jene Juden, die die ihnen zugewiesenen Wohnviertel ohne Erlaubnis verließen, und eine verstärkte Disziplin der Deutschen in ihrem privaten Geschäftsverkehr mit den Juden. Gerade in letzter Beziehung könne man am Verhalten vieler Deutschen sehr starke Kritik üben. Jeder Deutsche, der in seinem Distrikt mit Juden Geschäfte machen wolle, werde von der Partei ihm gemeldet und von ihm bestraft. ...

In diesem Zusammenhang erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er das ihm vom Führer übertragene Begnadigungsrecht in Fällen, wo Juden von den Sondergerichten und Standgerichten zum Tode verurteilt würden, auf die Gouverneure übertragen werde.

... Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer gibt einen Bericht über die Tätigkeit seiner Abteilung. Er führt aus: ... Von sämtlichen fremdvölkischen im gesamten Großdeutschen Reich befindlichen Arbeitskräften seien 47% Polen. Darüber hinaus hätten die Arbeitsämter des Generalgouvernements noch 230.000 Menschen monatlich, etwa 8.000 pro Tag vermittelt. Diese Zahl werde noch durch die in Galizien gewonnenen Arbeitskräfte erhöht, von denen auch wieder 35.000 ins Reich gegangen seien. Auch sei es gelungen, die angeforderte Zahl von Bergarbeitern in kurzer Frist zu stellen, und zwar 11.000 Mann für den Ruhrbergbau, weitere 5.000 für den Kohlentransport und Kohlenhandel.

Als nächster Redner berichtet der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Oberst der Polizei Dr. Schöngarth über sein Gebiet. ... Die Zahl der augenblicklich in den Gefängnissen befindlichen Personen wegen Teilnahme an der Widerstandsbewegung sei außerordentlich hoch. Wegen Vergehens gegen die Gewalttatverordnung befänden sich zur Zeit über 7.000 Polen in Haft. ...

Anschließend äußert sich Amtschef Dr. Hummel anstelle des erkrankten Gouverneurs Dr. Fischer über die Lage im Distrikt Warschau. ...

Die Gefahren des Fleckfiebers hätten sich infolge Nachlassens der Widerstandskraft der Bevölkerung und insbesondere der Juden vergrößert. Die Ernährung der Ghattobewohner sei unzureichend. Hinzu komme der Mangel an Reinigungsmitteln and das enge Zusammenwohnen. Der gemeldete Fleckfieberstand im

Ghetto betrage heute 2.405 Fälle, der tatsächliche Stand sei aber viel höher. In Warschau habe man 503, in den Kreishauptmannschaften 589 an Fleckfieber erkrankte Polen feststellen können. An sich sei der Zusammenschluss der Juden im Ghetto ein Segen. Wichtig sei jetzt die vollkommene Abschließung des Ghettos. Dankbar habe man einen Schiessbefehl des BdO, aufgrund dessen auf Juden auf den Landstrassen geschossen werden dürfe, begrüßt.

Dr. Hummel berichtet dann über die praktische Auswirkung der Verhängung der Todesstrafe bei widerrechtlichem Verlassen der Ghettos. In Warschau habe man bis jetzt trotz Hinzunahme einer dritten Kammer erst 45 Todesurteile fällen können und von diesen wären erst 8 vollstreckt worden, da über jeden einzelnen Fall die Gnadenkommission in Krakau die letzte Entscheidung treffen müsse. Weitere 600 Anträge auf Verurteilung lägen vor. Im Wege des Sondergerichtsverfahrens sei eine wirksame Absperrung des Ghettos unmöglich. Das Verfahren bis zur Liquidierung sei zu langwierig, es sei mit zuviel Formalitäten belastet und müsse vereinfacht werden.

Der Herr Generalgouverneur beschließt die Regierungssitzung mit folgender Rede: ...

Nach wie vor liegt die totale Vollmacht, dieses Gebiet staatlich und parteiamtlich zu führen, in der Hand des Generalgouverneurs. ... Keinerlei Reichsinstanzen, die uns im Befehlswege vorgesetzt wären, sind eingeschaltet, —ausschließlich und — ich möchte fast sagen— schicksalhaft unterstehe ich nur dem Führer. ...

Und so glaube ich denn, daß das Generalgouvernement wirklich befugt ist, sich „Brücke zum Osten“ zu nennen. Und hier komme ich nunmehr auf etwas außerordentlich Ernstes. Die Entscheidung, die der Führer durch seinen Entschluß gefällt hat, dem von der Sowjetunion dem Großdeutschen Reich drohenden Angriff zuvorzukommen, die am 22. Juni d.J. eintretenden ::-: Kriegshandlungen ::-: haben für unser Generalgouvernement eine Fülle von Problemen gebracht. ... Das Generalgouvernement hat beim Vormarsch, bei der Besetzung und den Vorbereitungen militärischer Art das Beste geleistet. Ich habe Ihnen schon mitgeteilt, in welcher großartiger Weise der Führer mir persönlich gegenüber diese Leistungen des Generalgouvernements anerkannt hat.

Aber die Entwicklung dieses Krieges im Osten hat für das Generalgouvernement in doppeltem Hinblick eine entscheidende Bedeutung erlangt. Die Schaffung der ::-: Reichskommissariate ::-: Ostland und Ukraine unter dem Reichsminister für die besetzten

russischen Gebiete, Parteigenossen Rosenberg, bedeutet für das Generalgouvernement eine völlige Strukturänderung. Während wir bis dahin im toten Winkel lagen, sind wir nunmehr ein in die Mitte des gesamten großdeutschen Verwaltungsmachtgefüges gesetzter Punkt geworden. ...

Die Beziehungen zum ::-: Reichsministerium für die besetzten russischen Gebiete ::-: sind durch den Erlaß des Führers derart geregelt, daß Galizien als Bestandteil des Generalgouvernements aus dem eigentlichen Bereich der besetzten russischen Gebiete schon am 1. August ausgeschieden ist. ...

Im übrigen aber hat die Einrichtung dieser Ostkommissariate für uns eine eminent politische Bedeutung. Denn nunmehr ist ganz klar geworden, daß dieses Gebiet Generalgouvernement bestimmt ist, im Zuge des Fortschreitens der deutschen Volkstümer nach dem Osten schon in absehbarer Zeit in das Siedlungsprogramm unseres Volkes stärkstens einbezogen zu werden. Und das wird auch seine Auswirkungen haben: die ::-: Polen ::-: in diesem Raum sind —das geht deutlich aus allen Berichten hervor— von uns im allgemeinen zur Raison gebracht. ...

Dabei muß ich aber doch eins sagen: nehmen Sie, meine Herren, aber an, ... in Krakau, Lemberg, Warschau oder wo immer würde ein Aufstand oder eine massierte Gewaltbewegung der Polen sich ereignen, so wäre der Schaden für das Generalgouvernement an sich vielleicht überwindbar, für die Weltbedeutung der Ostlage unseres Reiches aber wäre jeglicher derartiger Versuch von vielleicht allgemeinen schwerst überwindlichen Folgen begleitet. Sie dürfen sich nicht wundern, meine Herren, wenn ich in nächster Zeit die Zügel gegenüber dem Polentum etwas schärfer anziehe, als es bis jetzt der Fall war. Ich werde jedem Versuch dieser Art mit äußerster Schärfe entgentreten. Ich habe gestern den Vertreter der Polen, den früheren Gesandten Wisocki, ... empfangen. Ich habe ihm ganz offen erklärt, daß ich gezwungen bin, dem bewußt provozierten Radikalismus der Polen gegenüber zu immer schärferen Maßnahmen zu greifen, daß es überhaupt nur ein Interesse des Polentums gibt: sich zu fügen, gehorsam zu sein und zu versuchen, im Rahmen der Notwendigkeiten unseres Großdeutschen Reiches mit den Dingen fertig zu werden. ... Jedenfalls aber werde ich, bevor auch nur die geringste Gefahr hier ersteht, so blitzartig zuschlagen lassen, daß diese Gefahr mit übersteigerten Mitteln im Keime erstickt wird.

Ich muß mich oft sehr ärgern, wenn ich ... das geradezu unverschämte Verhalten mancher Polacken etwa gegenüber Soldaten und Offizieren beobachte. Unsere Landser sind zu nett, unsere Offiziere

sind zu gebildet.³⁾ Unsere bürgerlichen Deutschen sind leider so etwas von Mitleid oder auch von Gleichgültigkeit gegenüber den Dingen erfüllt. Ich muß gestehen, daß ich mir manchmal Gedanken darüber mache, ob ich nicht eine besondere Aktion einleiten soll, mit der den Polacken, die deutschen Offizieren nicht ausweichen oder sie bewußt anrempeln, mit einem besonderen Strafkodex entgegengetreten wird. Der polnische Übermut darf nicht etwa glauben, auf unsere Schwäche und Gutmütigkeit rechnen zu können. ... Ich kann daher nur immer wieder meine warnende Stimme erheben und Sie bitten: sorgen Sie in Ihrem eigenen dienstlichen und persönlichen Bereich dafür, daß keinerlei Zusammenwachsung oder Zusammenschmelzung oder irgendwie geartete persönliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschen über das absolut notwendige Maß hinaus sich entwickeln. ... Ich weiß, daß es im einzelnen schwierig ist; ich weiß auch, daß es Tausende und Aber-tausende von Polen gibt, die loyal ihre Pflicht erfüllen. Insofern —das sage ich Ihnen ganz offen— bin ich auch nicht beunruhigt, wenn Sie mir sagen, daß die Polen mit der Sorge um ihre Lebensmittel beschäftigt sind. Solange die Energie und Kraft des Menschen vor allem mit der Herbeischaffung der Lebensmittel beschäftigt ist, so lange werden diese Energien nicht in größerem Umfange für andere Dinge zur Verfügung stehen.

Mit den Juden —das will ich Ihnen auch ganz offen sagen— muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird —das geht aus den Stimmungsberichten hervor— immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippchaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich

³⁾ ursprünglich „zu milde“, Ti verbessert

werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werden. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen.

Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man sie wird im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrecht zu erhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.

Die Ukrainer sind nach wie vor ein Problem. ... Vor allem darf bei den Ukrainern unseres Distriktes Galizien nicht der Eindruck entstehen, als ob wir innerhalb des Großdeutschen Reiches eine Art ukrainischer Eigenstaatlichkeit anerkennen könnten. Im übrigen sehe ich eine Lösung der Ukrainerfrage ebenso wie bei den Polen grundsätzlich darin, daß sie uns in aller Zukunft als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. ... Im übrigen sind die Ukrainer sehr

geeignet, ein Gegengewicht gegen die Polen darzustellen. Trotz alledem muß darauf hingewiesen werden, daß es sich insbesondere bei dem Distrikt Galizien um einen Bestandteil des Großdeutschen Reiches, nicht aber um einen Bestandteil eines irgendwie gearteten, wenn auch nur geistigen Großukrainertums handelt. ... Das Bestreben aller Dienststellen muß es sein, in gemeinschaftlichem Zusammenwirken auch mit der Wehrmacht zu erreichen, daß derartige Strömungen allmählich verschwinden. ...

Über allem muß aber folgender Gedanke stehen: dieses Gebiet des Generalgouvernements wird unmittelbar nach dem durchgeführten Rückdeutschungsprozeß der Ostgebiete des Reiches der nächste Bestandteil Europas sein, der der absoluten Deutschdurchdringung unterstellt werden wird. ... Da wir dann auch die Möglichkeit haben, allenfalls hier nicht mehr benötigtes Fremdvolkstum nach dem Osten abzugeben, wird es nicht zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen, das deutsche Volkselement mehr und mehr verwurzeln zu lassen und das fremdvölkische Element immer mehr abzudrängen.

... Weiter im Osten wird einmal der Gotengau entstehen, und das Generalgouvernement wird dann einmal der Vandalengau werden können. Die Vandalen sind bekanntlich der meist-verleumdete germanische Stamm gewesen. Hier waren ihre Wohnsitze, hier haben sie die erste germanische Kultur eingebaut. Dieser Vandalengau soll dann auch dazu beitragen, vor der ganzen Welt jene furchtbare Schuld zu tilgen, daß man einen der edelsten germanischen Stämme dauernd so verunglimpft hat, daß seine Bezeichnung geradezu zu einem Schimpfwort wurde, — übrigens ein Meisterstück antideutscher Propaganda durch zwei Jahrtausende hindurch.

.....
Ich war vor einigen Tagen beim Führer gewesen. Er ist von einer Frische, von einer Siegeszuversicht, von einer so sonnenstrahlenden Zielklarheit, daß er für jeden von uns nur ein leuchtendes Vorbild sein kann. ...

Es gibt nur ein Reich, es gibt nur ein Recht für uns alle, wie es nur eine Bewegung und eine Weltanschauung gibt.

Lassen Sie mich ganz kurz zur :::: Weltanschauung :::: etwas sagen. Ich habe mich mit dem :::: kirchlichen Problem :::: hier nie beschäftigt. ... Was ich nur nicht⁴⁾ wünsche, ist, daß irgendein Beamter in Uniform an gottesdienstlichen Handlungen in fremden

⁴⁾ Ti über der Z eingefügt

Kirchen teilnimmt. ... Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich für die Deutschen besondere deutsche Kirchen eröffne. Die Bedürfnisse kirchlicher Art lassen sich, glaube ich, in Wehrmachtskirchen ebenso gut befriedigen. Es muß auch klar gelegt werden, daß das Deutsche Reich Adolf Hitlers kein katholisches oder protestantisches, sondern ein nationalsozialistisches Reich ist. ... Wir haben keine Reichskirche, wir Nationalsozialisten huldigen dem Grundsatz, daß jeder nach seiner Fassung selig werden kann. Meine persönliche Meinung ist aber, daß aus dem Geschehen unserer Zeit und dem Werke Adolf Hitlers einmal eine ganz große deutsche Nationalreligion aufsteigen wird. ...

Ich bitte Sie sehr, meine Herren, bei den Ihnen unterstehenden Beamten und Angestellten darauf zu dringen, daß sie kirchliche Bedürfnisse, wo sie vorhanden sind, nicht in polnischen Gottesdiensten befriedigen. Wo ich das erfahren sollte, würde ich fest zugreifen und den Betreffenden unter sofortiger Meldung wegen nationaler Würdelosigkeit unverzüglich aus dem Dienst entlassen. Ganz gleichgültig, ob in derselben lateinischen Sprache gepredigt wird, ob der Priester dieselben Handlungen vornimmt, — es ist eine nationale Würdelosigkeit, an einem polnischen Gottesdienst teilzunehmen. ...

BESCHREIBUNG:
Band 18: „Tagebuch 1942 I“ l. l. — 30.4.
hs Unterstreichungen Ti

Krakau

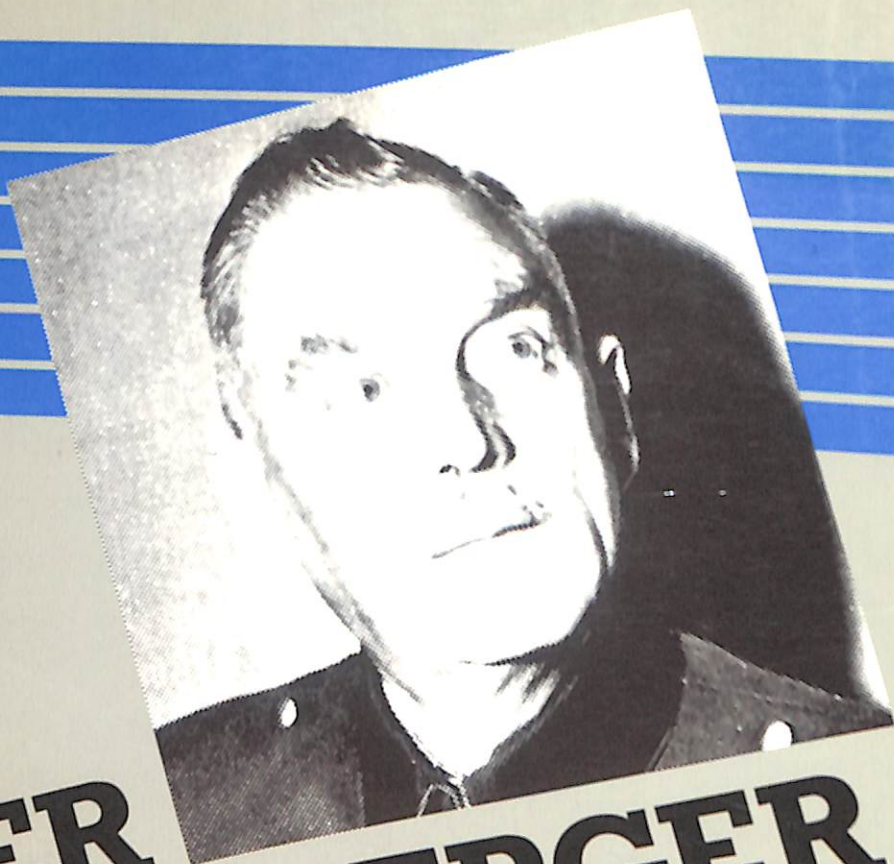
Freitag, den 13. März 1942

.....
Abendessen aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler. An diesem Essen nehmen u.a. teil: SS-Obergruppenführer Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple,¹⁾ Hauptabschnittsleiter Stahl, Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, Ministerialrat Wolsegger, Gouverneur Dr. Wendler, Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, Regierungsdirektor Dr. Hermann.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

¹⁾ Unterstreichung Blei

Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg



DER NÜRNBERGER PROZESS

GEGEN DIE HAUPTKRIEGSVERBRECHER
VOM 14. NOVEMBER 1945 - 1. OKTOBER 1946
URKUNDEN UND ANDERES
BEWEISMATERIAL

DELPHIN

*Dieser Band ist gemäß den Weisungen des
Internationalen Militärgerichtshofs vom
Sekretariat des Gerichtshofs unter der
Autorität des Obersten Kontrollrats für
Deutschland veröffentlicht.*

Umschlagbild: Wilhelm Keitel

© für den fotomechanischen Nachdruck:
Delphin Verlag GmbH, München; 1989
Druck: Presse-Druck Augsburg
Bindarbeiten: AIB

ISBN 3.7735.2523.0

BAND XXIX

AMTLICHER TEXT

DEUTSCHE AUSGABE

URKUNDEN

UND ANDERES BEWEISMATERIAL

NUMMER 1850-PS BIS NUMMER 2233-PS